

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS
Band: 108 (2011)
Heft: 2

Artikel: Die Behörde 2.0 hat durchgehend geöffnet
Autor: Röthlisberger, Stephan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-839982>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

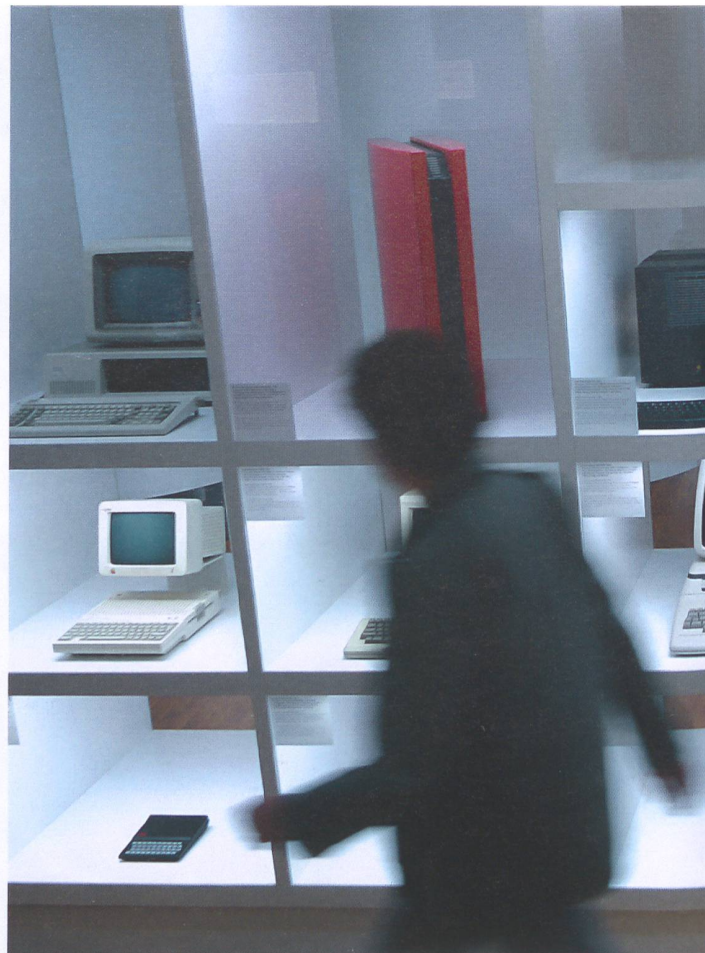
Die Behörde 2.0 hat durchgehend geöffnet

Sie stellen Anfragen, tauschen Daten aus, wickeln Geschäfte ab: Damit die Gesellschaft funktioniert, stehen Behörden, Bevölkerung und Unternehmen in engem Kontakt. Um diese Prozesse effizienter zu gestalten, bietet sich der schnelle elektronische Weg an: E-Government.

In ganz Europa häufen sich die Bestrebungen, E-Government nicht nur national, sondern über alle Verwaltungsebenen hinweg stärker zu koordinieren. Das Vorhaben stellt auch die Schweiz vor grosse Herausforderungen: Gerade kleinere Gemeinden können sich das erforderliche IT-Fachwissen nicht in der Qualität leisten, die nötig wäre, um umfassende E-Government-Projekte in Eigenregie durchzuführen. Hierzu braucht es klare nationale Vorgaben und Unterstützung. Im Januar 2007 hat der Bundesrat die E-Government-Strategie Schweiz verabschiedet. Diese nationale Strategie wurde unter der Federführung des Informatikstrategieorgans Bund (ISB) in enger Zusammenarbeit mit den Kantonen und Gemeinden entwickelt. Die Strategie verfolgt drei Ziele:

- Die Wirtschaft wickelt den Verkehr mit den Behörden elektronisch ab.
- Die Behörden haben ihre Geschäftsprozesse modernisiert und verkehren untereinander elektronisch.
- Die Bevölkerung kann die wichtigen Geschäfte mit den Behörden elektronisch erledigen.

Die Vorhaben, die es im Rahmen der E-Government-Strategie umzusetzen gilt, sind im «Katalog priorisierter Vorhaben» erfasst. Der Katalog umfasst Leistungen, die aus Sicht der Zielgruppen und der Verwaltung ein besonders gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis ausweisen, wenn sie elektronisch erbracht werden. Ein Beispiel für ein solches Vorhaben ist die Abwicklung der Geschäfte



E-Government erfordert umfassendes IT-Wissen. Der Bund gibt die Strategie vor.

zwischen den Ausgleichskassen und deren Mitgliedern: Wenn die Unternehmen die Anmeldung ihrer Mitarbeitenden bei den Ausgleichskassen elektronisch erledigen können, erhöht das die Effizienz und die Datenqualität auf beiden Seiten. Ein anderes Beispiel ist die Standardisierung von Personendaten in der Verwaltung: Werden Datenerfassungssysteme vereinheitlicht, erleichtert dies die administrativen Abläufe erheblich.

Widmer-Schlumpf hat den Vorsitz

Verantwortlich für die koordinierte Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz ist der Steuerausschuss E-Government Schweiz. Er besteht aus neun Mitgliedern: Je drei Vertreterinnen oder Vertreter des Bundes, der Kantone und der Städte und Gemeinden bilden den Ausschuss. Den Vorsitz hat als Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartementes (EFD) derzeit Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf inne. Der Steuerausschuss entscheidet über die wichtigsten Vorhaben im Katalog und bestimmt die Organisationen, welche diese umsetzen sollen.

Als Stabsorgan des Steuerausschusses und des Expertenrates dient die Geschäftsstelle. Sie wird durch den Bund finanziert und ist beim Informatikstrategieorgan Bund (ISB) angesiedelt, welches zum Eidgenössischen Finanzdepartement gehört.

Die Bevölkerung schätzt das Angebot

Die Fortschritte der E-Government-Strategie Schweiz misst die Geschäftsstelle mithilfe eines Controllingprozesses. Wenn Korrekturen



Bild: pixsil

nötig sind, werden die entsprechenden Massnahmen aus den Daten abgeleitet. Gemäss der aktuellen Planung werden per Ende 2011 19 und per Ende 2013 gar 37 der 45 priorisierten Vorhaben aus dem Katalog schweizweit zu über 80 Prozent in Betrieb sein.

Ein wichtiges Merkmal von E-Government Schweiz ist die Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Zielgruppen Wirtschaft, Verwaltung und Bevölkerung. Um diese Bedürfnisse der Bevölkerung zu eruieren, werden alle ein bis zwei Jahre 1000 Personen befragt. Die aktuellste Studie von 2009 zeigt, dass mit 86 Prozent ein hoher Anteil der Befragten mit dem Internetangebot der Verwaltung insgesamt «eher zufrieden» oder sogar «sehr zufrieden» ist.

Noch sind Aufgaben zu lösen

Die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die E-Government-Zusammenarbeit gilt bis Ende 2011. Um die Kontinuität der E-Government-Strategie Schweiz und die weitere Umsetzung zu gewährleisten, hat der Steuerausschuss die Geschäftsstelle beauftragt, Varianten über die Erneuerung der Rahmenvereinbarung auszuarbeiten. Ziel ist es, die Geschwindigkeit bei der Realisierung von E-Government zu erhöhen und die Führungsrolle des Bundes zu stärken, ohne dabei die Kantone und Kommunen von ihrer Umsetzungsverantwortung zu entbinden. ■

Stephan Röthlisberger

Leiter Geschäftsstelle E-Government Schweiz

ZESO-SCHWERPUNKT

Weitere Beiträge zum Thema E-Government:

- 18** Allzu schlicht gehört sich nicht: Tipps für den gelungenen Webauftritt
- 21** Fallführungssysteme: Zwischen Lebens- und Computerrealität
- 24** Informationsbedürfnisse von Klienten: Fehlt das Wissen, kommt die Hilfe nicht an
- 26** Vorbildlich: St. Gallen zieht die Strippen im Datennetz

E-GOVERNMENT

E-Government steht für «Elektronische Behörde». Mit E-Government sollen die Wirtschaft und die Bevölkerung wichtige Geschäfte mit den Behörden elektronisch abwickeln. Die Behörden ihrerseits modernisieren ihre Geschäftsprozesse und verkehren untereinander elektronisch. Um E-Government in der Schweiz voranzutreiben, haben Bund, Kantone und Gemeinden ihre gemeinsamen Ziele in der «E-Government-Strategie Schweiz» definiert. E-Government kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle drei Staatsebenen vernetzt zusammenarbeiten.

Weitere Infos: www.egovernment.ch

DIE SCHWEIZ HOLT AUF

Seit 2001 werden mit dem E-Government-Benchmark-Bericht Dienstleistungen in verschiedenen europäischen Verwaltungen untersucht. Beteiligt sind die 27 EU-Mitgliedstaaten sowie Island, Kroatien, Norwegen, die Schweiz und die Türkei. Untersucht werden unter anderem die Verfügbarkeit und der Ausbaustand von elektronischen Dienstleistungen. Die Resultate zeigen, dass E-Government in Europa auch im letzten Jahr zugenommen hat. Die Schweiz figurierte in den Bewertungen der letzten Jahre deutlich unter dem Durchschnittswert. Grund dafür sind hauptsächlich die föderalen Strukturen: Sie erschweren das Ziel, elektronische Dienstleistungen flächendeckend verfügbar zu machen. Im vergangenen Jahr konnte die Schweiz ihr Angebot aber deutlich verbessern. Sie liegt aktuell nur noch knapp unter dem europäischen Durchschnitt.